



## 19. Sitzung des Gemeinderates Frauenfeld vom Mittwoch, 27. November 2024

<b>Ort</b>	Grosser Bürgersaal im Rathaus
<b>Zeit</b>	18.00 bis 19.10 Uhr
<b>Vorsitz</b>	Hanspeter Gubler, Gemeinderatspräsident
<b>Mitglieder</b>	Parwin Alem Yar, Lisa Badertscher, Ivo Begic, Fabio Bergamin, Alessandra Biondi, Elio Bohner, Laure Brem, Priska Brenner-Braun, Niklaus Briner, Reto Brunschweiler, Stefan Eggimann, Nathalie Fäh, Roman Fischer, Miriam Frei, Pascal Frey, Robin Goldinger, René Gubler, Samuel Kienast, Ruth Krähenmann, Felix Kübler, Samuel Kunz, Tobias Lenggenhager, Christian Mader, Christoph Regli, Claudio Rüeegsegger, Fatmir Sanakosi, Christian Schmid, Beda Stähelin, Nico Stucki, Stefan Thalmann, Annina Villiger Wirth, Stefan Vontobel, Roland Wetli, Kathrin Widmer Gubler, Roland Wyss, Christa Zahnd
<b>Protokoll</b>	Mathias Frei, Gemeinderatssekretär
<b>Mitanwesend</b>	Stadtpräsident Anders Stokholm, Stadträtin Barbara Dätwyler Weber, Stadtrat Fabrizio Hugentobler, Stadträtin Andrea Hofmann Kolb, Stadträtin Regine Siegenthaler
<b>Entschuldigt</b>	Daniel Geeler, Luc Pizzini, Christoph Tobler

### Traktanden

98 Mitteilungen

99 Protokoll der Sitzung vom 30. Oktober 2024

100 Ersatzwahl eines Mitglieds der Redaktionskommission per 27. November 2024 und für den Rest der Legislatur 2023 – 2027 (Nachfolge Claudio Bernold, Fraktion FDP)

101 Botschaft Nr. 23 «Tariferhöhung Pensionspreise per 1. Januar 2025 im Alters- und Pflegeheim Ergaten-Talbach»

*Eintreten, Detailberatung, Beschlussfassung*

## **Einleitung**

**Gemeinderatspräsident Hanspeter Gubler (SVP):** Liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderats, sehr geehrter Herr Stadtpräsident, sehr geehrte Damen und Herren Stadträte, geschätzte Gäste auf der Galerie, geschätzte Medienvertreter, ich darf Sie zur 19. Sitzung in der neuen Legislatur begrüßen. Bei meinen Vorbereitungsarbeiten zur heutigen Sitzung kam mir ganz spontan der Film mit dem Titel «Und täglich grüsst das Murmeltier» oder das Stichwort «Alle Jahre wieder» in den Sinn. Im Traktandum 4 verhandeln wir heute erneut die Tarifierhöhungen im Alters- und Pflegeheim Ergaten-Talbach. In diesem Sinn wünsche ich allen ein friedliches Debattieren.

Ich möchte darauf hinweisen, dass auf der Galerie das Fotografieren, das Filmen sowie Tonaufnahmen gemäss Art. 28 des Geschäftsreglements für den Gemeinderat nicht gestattet sind.

Zu Beginn der Sitzung sind 36 Mitglieder des Gemeinderats anwesend; das absolute Mehr beträgt 19.

Die Tagesordnung wurde den Ratsmitgliedern rechtzeitig gemäss Geschäftsreglement des Gemeinderats Art. 23b zugestellt. Wünscht jemand das Wort zur Tagesordnung? – Dies scheint nicht der Fall zu sein.

Da Vize-Gemeinderatspräsident Luc Pizzini heute abwesend ist, brauchen wir ein Ratsmitglied im Ratsbüro.

**Gemeinderätin Annina Villiger-Wirth (CH), Referentin im Namen der Fraktion CH/GP/GLP:** Unsere Fraktion hat sich entschieden, Tobias Lenggenhager als Ersatz im Ratsbüro vorzuschlagen. Vielen Dank für Ihre Stimme.

## **Abstimmung**

Gemeinderat Tobias Lenggenhager wird einstimmig bei Enthaltung der eigenen Stimme für die heutige Sitzung als Mitglied des Ratsbüros gewählt.

## **98 Mitteilungen**

**Gemeinderatspräsident Hanspeter Gubler (SVP):** Die heutige Sitzung ist die erste von Gemeinderätin Laure Brem, Gemeinderätin Miriam Frei und Gemeinderat Claudio Rügsegger. Ich darf euch ganz herzlich im Rat willkommen heissen und wünsche euch bei der Ratsarbeit viel Freude.

Die heutige Sitzung ist die letzte Sitzung von Gemeinderat Roman Fischer. Gemeinderat Roman Fischer, ich werde dich am Ende der Sitzung entsprechend verabschieden.

Ich möchte noch auf die regelmässige Aktualisierung der Sitzordnung im Gemeinderat und das Register zur Offenlegung der Interessenbindung hinweisen. Beide Dokumente sind Anfang November aktualisiert worden. Die nächste Anpassung erfolgt Anfang Dezember. Sie finden diese Dokumente auf [www.frauenfeld.ch/gemeinderat](http://www.frauenfeld.ch/gemeinderat).

Das Behördenreferendum zum Steuerfuss 2024 der Stadt Frauenfeld endet am 14. Dezember 2024.

Stadtratsbeschlüsse:

- Mit Stadtratsbeschluss Nr. 294 vom 5. November 2024 hat der Stadtrat die Ersatzwahl von Gemeinderat Pascal Frey in die Zivilschutzkommission des Bezirks Frauenfeld per 5. November 2024 genehmigt.
- Mit Stadtratsbeschluss Nr. 295 vom 5. November 2024 hat der Stadtrat die Einfache Anfrage betreffend «Grundeigentümergebundene Gewässerraumfestlegung an der Thur» zur Beantwortung dem Departement für Bau und Verkehr in Zusammenarbeit mit dem Departement Thurplus, Freizeit und Sport sowie dem Departement für Finanzen und Zentrales zugewiesen.
- Mit Stadtratsbeschluss Nr. 302 vom 12. November 2024 hat der Stadtrat die Gemeinderatsmitglieder Elio Bohner und Kathrin Widmer Gubler in die neue Wirtschaftskommission gewählt.

Ich begrüsse an dieser Stelle Gemeinderat Elio Bohner. Somit sind 37 Mitglieder des Gemeinderats anwesend; das absolute Mehr beträgt weiterhin 19.

## 99 Protokoll

**Gemeinderatspräsident Hanspeter Gubler (SVP):** Das Protokoll der Sitzung vom 30. Oktober 2024 wurde am 19. November 2024 im Dossierbrowser aufgeschaltet und ist für die heutige Sitzung zur Genehmigung traktandiert. Es sind keine Änderungsanträge eingegangen. Sind Sie damit einverstanden oder wünscht jemand eine Abstimmung? – Da sich niemand zu Wort meldet, ist das Protokoll stillschweigend genehmigt. Ich bedanke mich bei allen Beteiligten ganz herzlich für das Erstellen des Protokolls.

## 100 Ersatzwahl eines Mitglieds der Redaktionskommission per 27. November 2024 und für den Rest der Legislatur 2023 – 2027 (Nachfolge Claudio Bernold, Fraktion FDP)

**Gemeinderatspräsident Hanspeter Gubler (SVP):** Die Fraktion FDP hat das Vorschlagsrecht für den Ersatz. Der Gemeinderat ist wie üblich vorgängig durch den Gemeinderatssekretär über den Wahlvorschlag informiert worden.

**Gemeinderat Stefan Vontobel (FDP), Referent im Namen der Fraktion FDP:** Für die Nachfolge von Gemeinderat Claudio Bernold, der per Ende Oktober aus dem Gemeinderat zurückgetreten ist, schlägt die Fraktion FDP Gemeinderätin Kathrin Widmer Gubler vor. Sie ist Mitglied des Rats seit 2021. Sie ist Rechtsanwältin und bringt somit hervorragende fachliche Fähigkeiten mit, um in dieser Kommission wirkungsvoll zu arbeiten. Die Fraktion FDP dankt für die Unterstützung unseres Wahlvorschlags.

**Gemeinderatspräsident Hanspeter Gubler (SVP):** Vorgeschlagen ist Gemeinderätin Kathrin Widmer Gubler. Ich schlage Ihnen vor, gemäss Art. 56 Abs. 3 des Geschäftsreglements die Wahl offen durchzuführen. Sind Sie damit einverstanden oder wünscht jemand eine geheime Wahl? – Dies scheint nicht der Fall zu sein.

### ***Abstimmung***

Gemeinderätin Kathrin Widmer Gubler wird einstimmig bei eigener Enthaltung gewählt.

### **101 Botschaft Nr. 23 «Tariferhöhung Pensionspreise per 1. Januar 2025 im Alters- und Pflegeheim Ergaten-Talbach»**

**Gemeinderatspräsident Hanspeter Gubler (SVP):** Der Stadtrat hat die Botschaft Nr. 23 betreffend Tariferhöhung Pensionspreise am 1. Oktober 2024 dem Gemeinderat vorgelegt. Ich schlage Ihnen folgendes Vorgehen vor: Nach der Eintretensdebatte erfolgt die materielle Beratung. Anschliessend werden wir die Schlussabstimmung durchführen. Sind Sie mit diesem Vorgehen einverstanden? – Dies scheint der Fall zu sein.

### ***Eintreten***

**Gemeinderätin Alessandra Biondi (SP), Referentin im Namen der GPK Gesellschaft, Gesundheit und Freizeitanlagen:** Die GPK Gesellschaft, Gesundheit und Freizeitanlagen ist für Eintreten.

### ***Detailberatung***

**Gemeinderätin Alessandra Biondi (SP), Referentin im Namen der GPK Gesellschaft, Gesundheit und Freizeitanlagen:** Die GPK Gesellschaft, Gesundheit und Freizeitanlagen beriet die Botschaft Tariferhöhung Pensionspreise per 1. Januar 2025 im Alters- und Pflegeheim Ergaten-Talbach an der Sitzung vom 22. Oktober 2024. Die Botschaft wurde im Beisein von Stadträtin Regine Siegenthaler und AZP-Leiter Michael Tobler besprochen.

Beantragt wird mit der Botschaft, die Pensionspreise des Alters- und Pflegeheims Ergaten-Talbach per 1. Januar 2025 pro Bett und Tag um 6 Franken zu erhöhen. Die Erhöhung soll zusätzlich zu der vom Stadtrat beschlossenen teuerungsbedingten Anpassung von 1.1 % greifen.

Die aktuelle Situation des AZP und die Auslöser für die beantragte Tariferhöhung wurden durch Stadträtin Regine Siegenthaler und Michael Tobler unter anderem anhand von Präsentationen erläutert, welche dem GPK-Protokoll vom 22. Oktober 2024 beiliegen. Im AZP laufen derzeit viele Projekte, welche das AZP steuerbarer machen sollen und die Finanzen durch eine bessere Effizienz, eine Optimierung der Einnahmen und Kostensenkungen entlasten sollen. So wurde unter anderem erläutert, dass ein neues Stellenplantool in Einführung sei, welches zu einer besseren und flexibleren Einsatzplanung führen solle. Auch habe das AZP im Herbst 2024 160 Stellenprozente vom Personalamt übernommen und dadurch die Möglichkeit, besser auf die Bedürfnisse des Betriebs einzugehen. Des Weiteren soll auch die Digitalisierung helfen, die Effizienz zu steigern, beispielsweise durch den elektronischen Bestellablauf bei der Verpflegung. Die vom Kanton in Aussicht gestellte Senkung der Normkosten um 4 % trifft das AZP. Stadträtin Regine Siegenthaler erläuterte diesbezüglich, dass trotz des tieferen Restkostenbeitrags des Kantons den Bewohnenden durch das AZP kein höherer Pflorgetarif verrechnet werden dürfe. Das AZP laufe daher in ein höheres Defizit.

Damit kam die GPK zur Besprechung der Gründe für die Tariferhöhung. Die Tarife für das AZP sind gemäss Art. 52 Abs. 4 Gemeindeordnung und Art. 20 Abs. 2 AZP-Reglement

jährlich so festzusetzen, dass sie mindestens die Betriebskosten decken. Art. 20 Abs. 2 AZP-Reglement bestimmt weiter, dass sich die Preise im Rahmen anderer vergleichbarer Institutionen bewegen, kostendeckend sein sollen und Rückstellungen für allfällige Betriebsdefizite und werterhaltende Investitionen ermöglichen sollen. Reglementarisch ist das AZP damit zu einem ausgeglichenen Budget verpflichtet.

Die beantragte Tarifierhöhung basiert auf dem Budget 2025, welches der Rat an der kommenden Sitzung vom Dezember beraten wird. Der aktuelle Pensionspreis des Alters- und Pflegeheims Ergaten-Talbach ist nicht kostendeckend. Die Kosten sind gestiegen. Es kam zu Kostensteigerungen bei den Löhnen, den Lebensmitteln, den Versicherungen und dem Unterhalt. Diese wirken sich direkt oder indirekt auf die Pensionspreise aus. Auch die weiterhin hohen Absenkenzahlen beim Personal sind durch teurere Temporärlösungen ein Kostentreiber. Ferner sind die Tarife über Jahre zu tief angesetzt gewesen, was gerade in der Pension zu einer Unterdeckung geführt hat.

Ein GPK-Mitglied wollte wissen, ob diese neuerliche Tarifierhöhung ausreiche, da Rückstellungen für die anstehende Sanierung, den Umbau und die Neubauten gebildet werden sollten. Stadträtin Regine Siegenthaler brachte zum Ausdruck, dass es vorab zentral sei, der vorliegenden Tarifierhöhung zuzustimmen, um ein möglichst ausgeglichenes Budget zu erreichen. Höhere Tarifierhöhungen seien nicht zumutbar.

Ein GPK-Mitglied wollte wissen, weshalb lediglich der Pensionspreis für das Pflegeheim Ergaten-Talbach erhöht werde. Hier wurde darauf verwiesen, dass die Parksiedlung Talacker eine Vollkostenrechnung habe. Die teuerungsbedingten Tarifierhöhungen sollen die Rechnungen auffangen.

Wie bereits letztes Jahr konstatiert, liegen die Tarife bei den Einzerräumen über den EL-Tarifen. Durch die beantragte Tarifierhöhung vergrössert sich dieser Gap, was mit Sorge zur Kenntnis genommen wurde.

Ein GPK-Mitglied wollte wissen, wer vom Solidaritätsfonds profitieren könne, wenn der EL-Tarif nicht reiche. Es wurde geäußert, dass der Solidaritätsfonds lediglich Frauenfelderinnen und Frauenfeldern zur Verfügung stehe. Es kann damit sein, dass Bewohnende, welche eben nicht von diesem Solidaritätsfonds profitieren können, aufgrund einer Überschreitung der EL-Grenze in ein preiswerteres Zimmer ziehen müssen.

Ein GPK-Mitglied brachte die Erwartung zum Ausdruck, dass auch dem Personal die Teuerung ausgeglichen werde.

Zuletzt wertschätzt die GPK das grosse Engagement der Stadträtin, des Zentrumsleiters sowie des gesamten Personals des Departements und des AZP. Die GPK stimmte dem Antrag gemäss Botschaft mit 6 Ja bei 1 Enthaltung zu.

**Gemeinderat Samuel Kienast (EVP), Referent im Namen der Fraktion Die Mitte/EVP:**

Als ich vor einigen Jahren in einem Land in Asien war, fragten mich die Menschen, was wir in Europa denn mit unseren älteren Menschen machen. Bei ihnen war es bis vor wenigen Jahren noch selbstverständlich, dass die Familien für die älteren Menschen sorgten. Nun hat

sich die Gesellschaft aber geändert, die jungen Menschen leben in den Städten oder sogar im Ausland und müssen sich fragen: Wer sorgt für unsere älteren Menschen? In Frauenfeld haben wir diese Entwicklung schon lange hinter uns. Statt dass wir uns persönlich um unsere älteren Verwandten kümmern, wie das bei uns auch üblich war, haben wir in vielen Fällen die Pflege und die Umsorgung der älteren Menschen professionalisiert. So sorgen unsere qualitativ hoch stehenden Alterseinrichtungen für ein würdevolles Älterwerden und ein umsorgtes Zuhause auch für die ältesten Mitglieder unserer Gesellschaft, da, wo die Angehörigen das nicht können oder nicht wollen. Das ist ein Grund zur Dankbarkeit, aber das hat auch seinen Preis.

In der gut ausgearbeiteten Botschaft des Stadtrats lesen wir, dass bei den jetzigen Einnahmen und Ausgaben im AZP im nächsten Jahr auch mit dem Teuerungsausgleich es nicht möglich sein wird, das von der Gemeindeordnung geforderte ausgeglichene Budget zu präsentieren. Dass das Alterszentrum Park seine Hausaufgaben gemacht hat, zeigen die aufgelisteten 25 Massnahmen in den Bereichen Personal, Finanzen und Prozesse und weitere 6 Massnahmen zur Effizienzsteigerung in den Abläufen, die in Umsetzung sind. Aber das alles reicht nicht. Und zudem ist es für die Situation nicht hilfreich, dass der Kanton in Aussicht gestellt hat, seine Normkostenbeiträge für die Restkostenfinanzierung auf 2025 um 4.3 % zu senken und zudem die Ergänzungsleistungen frühestens 2026 anzupassen und auch noch mit den Ausbildungsforderungen den Institutionen im Gesundheitsbereich zusätzliche hohe Kosten aufbürdet. Da werden Kosten vom Kanton auf die Gemeinden übertragen und letztendlich dann auf die älteren Menschen.

In den letzten Jahren wurde immer wieder versucht, im AZP die Preise so zu gestalten, dass möglichst alle Zimmer auch Menschen mit Ergänzungsleistungen zur Verfügung stehen. Die Folge davon wird in der Botschaft beschrieben. Wir müssen einen Stau der Sanierungen konstatieren, der sich rächt. Und ausserdem könnte ich vermuten, dass das beim Kanton dazu führt, dass er die Erhöhung der Ergänzungsleistungen weiter hinauszögert. Man kann ja sagen, wenn man sich nur genug zusammenreisst, dann geht es ja schon. Nun geht es aber nicht mehr. Es kann nicht weiter auf eine Erhöhung der Ergänzungsleistungen gewartet werden. Das ist für unsere Fraktion nachvollziehbar.

Die aus diesen Gründen vorgeschlagene Pensionspreiserhöhung um 6 Franken pro Tag und Zimmer im Alters- und Pflegeheim Ergaten-Talbach ist für die Fraktion Die Mitte/EVP nachvollziehbar und in der jetzigen Situation unumgänglich. Zum Glück wurde in den vergangenen Jahrzehnten der Solidaritätsfonds angelegt. So wird es den Menschen aus Frauenfeld mit tieferen finanziellen Möglichkeiten ermöglicht, weiterhin das Angebot des Alterszentrums Park zu nutzen und in vielen Fällen sogar Einzelzimmer zu bewohnen, welche für viele Menschen im höheren Alter eine hohe Lebensqualität bedeuten. Doch auch dieser Fonds reicht nicht auf ewig, auch wenn er im Moment zum Glück noch gut gefüllt ist.

Eine ältere Person meinte kürzlich zu mir, es werde da einmal mehr auf dem Rücken der alten Menschen gespart. Das kann man in der Tat so sehen. Und solch eine spürbare Erhöhung der Pensionspreise gibt natürlich auch Anlass für solche Aussagen. Aber wie zu Beginn gesagt: Gute Pflege hat ihren Preis. Und zum Glück höre ich nicht nur das, sondern ich höre auch immer wieder Rückmeldungen von Angehörigen von Menschen, die im AZP betreut werden, welche dankbar berichten, wie umsichtig, kompetent und liebevoll die Menschen da

begleitet werden. Darum hier ein herzliches Dankeschön an alle Mitarbeitenden des Alterszentrums Park von Seiten unserer Fraktion.

Unsere Alterseinrichtungen bieten viel und ermöglichen den alten Menschen ein würdevolles und umsorgtes Leben im allerletzten Lebensabschnitt. Das ist nicht selbstverständlich, wie die Beobachtungen aus anderen Ländern zu Beginn des Votums gezeigt haben. Unsere Aufgabe im Rat ist es, dafür zu sorgen, dass das auch so bleibt. Immerhin werden auch wir einmal in diesen Lebensabschnitt kommen.

Und noch ein Letztes: Man braucht ja wohl kein Prophet zu sein, um vorauszusehen, dass dies nicht die letzte Diskussion über Preiserhöhungen im Gemeinderat sein wird. Unsere Fraktion begrüsst es daher, wenn die strukturelle Einbindung des Alterszentrums Park in die Stadt überprüft und auf ihre Zukunftsfähigkeit hin eventuell auch ganz neu gedacht wird. Wir danken der zuständigen Stadträtin und den Mitarbeitenden für die gute Vorbereitung des Geschäfts und die Ausarbeitung der Botschaft. Die Fraktion Die Mitte/EVP wird dem Antrag einstimmig zustimmen.

**Gemeinderätin Lisa Badertscher (SVP), Referentin im Namen der Fraktion SVP/EDU:**

Im Namen der Fraktion bedanke ich mich bei allen beteiligten Personen für das Erstellen der Botschaft. Die Botschaft zur erneuten Tarifierhöhung um 6 Franken pro Bett und Tag des Alters- und Pflegeheims Ergaten-Talbach zusätzlich zum bereits vom Stadtrat bewilligten Teuerungsausgleich um 1.1 % stiess bei unserer Fraktion zuerst sauer auf. Stadträtin Regine Siegenthaler und der Zentrumsleiter des AZP Michael Tobler erläuterten uns anlässlich der Fraktionssitzung die aktuellen Herausforderungen des AZP und weshalb eine erneute Tarifierhöhung notwendig ist. Erneute Personalengpässe, die mit temporärem Personal ausgeglichen werden müssen, steigende Versicherungsprämien und Sachkosten sowie sinkende Kostenbeiträge des Kantons führen zu weiteren Mehrausgaben respektive Mindereinnahmen beim AZP. Zudem erläuterten uns Stadträtin Siegenthaler und Zentrumsleiter Tobler, dass in den vorherigen Jahren immer wieder Investitionen bei den Liegenschaften nicht getätigt wurden, die nun zusätzlich auf die Rechnung schlagen. Laut Art. 52 Abs. 4 der Gemeindeordnung und Art. 20 Abs. 2 des AZP-Reglements müssen zumindest die Betriebskosten gedeckt werden. Ohne die Tarifierhöhung könnte dies nicht eingehalten werden.

Unsere Fraktion ist überhaupt nicht glücklich über die erneute Tarifierhöhung. Wir sehen aber die Gründe, wieso die Pensionspreise angepasst werden müssen, um das Alters- und Pflegeheim Ergaten-Talbach kostendeckend betreiben zu können. Wir hoffen, dass vor allem die Personalsituation durch die Umstellung des Personalwesens im Alterszentrum Park stabilisiert werden und das Absenzenmanagement so besser bewirtschaftet werden kann. Auch erwarten wir, dass die zahlreichen Projekte zur Effizienzsteigerung, Kostensenkung und Optimierung der Einnahmen im nächsten Jahr Früchte trägt und die Serie der Tarifierhöhungen gestoppt wird und Gewinne erzielt werden. Die Fraktion SVP/EDU stimmt dem Antrag grossmehrheitlich zu.

**Gemeinderätin Parwin Alem Yar (SP), Referentin im Namen der Fraktion SP:**

Wir danken der zuständigen Stadträtin und allen Beteiligten für die Ausarbeitung der Botschaft. Eigentlich hätte ich das Votum vom letzten Jahr unserer ehemaligen Gemeinderatskollegin Susanne Weibel Hugentobler verwenden können, in welchem sie bereits sagte, dass sie das

Votum vom letzten Jahr verwenden könnte. Denn wieder einmal stehen wir vor der Thematik rund um die Tarifierhöhung im AZP.

Auch wenn wir von dieser Tarifierhöhung nicht begeistert sind, können wir aus der Botschaft entnehmen, wohin das Geld fließen wird und verstehen daher, dass eine weitere Erhöhung der Tarife leider unumgänglich ist. Die steigenden Kosten sind vor allem auf drei Faktoren zurückzuführen: Unterdeckung der Pensionspreise, allgemeine Kostensteigerung und Kosten rund um das Personal. Die Arbeitsmarktsituation verschiebt den Vorteil zunehmend zugunsten der Arbeitnehmenden, und der Wettbewerb um Fachkräfte ist intensiv. Wir hoffen, dass sich durch die geplanten Massnahmen im Personalbereich die Situation stabilisiert, sodass der Einsatz von Temporärpersonal reduziert werden kann.

Auch wenn wir die Notwendigkeit für die Erhöhung der Tarife erkennen, so stimmen wir doch nur zähneknirschend zu. Wir verlassen uns darauf, dass die versprochenen Änderungen und die Effizienzmassnahmen umgesetzt werden und wir nächstes Jahr nicht erneut über eine Erhöhung der Tarife befinden müssen. Dennoch ist es uns wichtig, zu erwähnen, dass die Optimierungen sorgfältig, sinnvoll und nicht überstürzt umgesetzt werden sollen. Zudem bitten wir das Personal des Alterszentrums Park, die Bewohnenden weiterhin frühzeitig auf den Solidaritätsfonds aufmerksam zu machen. Im Namen der SP-Fraktion danken wir allen Angestellten des AZP für die wertvolle Arbeit, die sie täglich verrichten.

Einen kleinen Appell nun an alle unsere Mitglieder aus dem Grossen Rat: Bekanntlich ist die ganze Angelegenheit der Ergänzungsleistungen keine kommunale Entscheidung. Daher bitten wir euch, dieses Geschäft im Grossen Rat einzubringen und zu diskutieren.

**Gemeinderat Fabio Bergamin (CH), Referent im Namen der Fraktion CH/GP/GLP:**

Beginnen möchte ich mit einem Dank an alle, die an der vorliegenden Botschaft mitgearbeitet haben, und insbesondere allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Alterszentrums Park, die Tag und Nacht mit einem enormen Einsatz und nicht immer unter ganz einfachen Bedingungen für die Bewohnerinnen und Bewohner da sind.

Die Tarife des Pflegeheims müssen die Betriebskosten decken. Dies besagen Art. 52 der Gemeindeordnung der Stadt Frauenfeld und Art. 20 des Reglements über das Alterszentrum Park. Obwohl die Heimleitung daran arbeitet, die Prozesse zu optimieren und die Herausforderungen im Personalwesen zu lösen, rechnet der Stadtrat für das Jahr 2025 wiederum mit einem Wachstum der Betriebskosten, das über der Teuerung liegt. Er erachtet eine Tarifierhöhung und die Teuerung als unumgänglich. Unsere Fraktion anerkennt und verdankt die Bemühungen der Heimleitung, die Kostensteigerung in den Griff zu bekommen, und fordert sie auf, ihre Anstrengungen fortzusetzen.

Bei der in der vorliegenden Botschaft für 2025 beantragten Tarifierhöhung haben wir Gemeinderäte und Gemeinderätinnen keinen Handlungsspielraum. Der Stadtrat vollzieht damit einfach die geltenden Reglemente. Wir werden dieser Tarifierhöhung zustimmen müssen, und unsere Fraktion wird dies, ich kann es vorwegnehmen, auch einstimmig tun. Unserer Fraktion missfällt allerdings, dass die Ergänzungsleistungen des Kantons in vielen Fällen die Pensionstarife nicht mehr decken. Zwar ist ein Aufenthalt in einem Zweierzimmer von den Ergänzungsleistungen immer noch gedeckt, das genügt uns aber nicht. Vielmehr ist

es uns ein grosses Anliegen, dass alle Frauenfelderinnen und Frauenfelder ihren Lebensabend in Würde verbringen können. Auch Alleinstehende, die in einem Einzelzimmer wohnen möchten. Ich möchte daran erinnern, dass nicht einfach nur ein paar wenige für die Finanzierung der Pensionspreise auf die Hilfe von Ergänzungsleistungen angewiesen sind, sondern die Mehrheit der Bewohnenden. Nach Angaben des Branchenverbands Curaviva beziehen in der Schweiz 60 % der pflegebedürftigen Personen Ergänzungsleistungen. Die Möglichkeit, für ungedeckte Kosten Hilfe aus einem Solidaritätsfonds zu beantragen, genügt uns auch nicht. Um einen Beitrag aus dem Solidaritätsfonds zu erhalten, müssen die Bewohnerinnen und Bewohner ihre finanzielle Situation gegenüber dem Heim offenlegen, also direkt gegenüber den Personen, zu denen sie als vulnerable Personen in einem Abhängigkeitsverhältnis stehen. Das tangiert die Selbstbestimmung, Privatsphäre und die Würde der Bewohnerinnen und Bewohner. Dies in dieser Situation tun zu müssen, kann demütigend sein. Es ist jedenfalls nicht vergleichbar mit dem Ausfüllen der Steuererklärung. Wir erachten es daher als nötig, alle Tarife so anzusetzen, dass sie mit Ergänzungsleistungen finanziert werden können. Dies ermöglicht es den Bewohnenden, ihren Heimaufenthalt in Würde zu bezahlen.

Das Problem mit der Diskrepanz zwischen Kosten und Ergänzungsleistungen können wir aber nicht heute Abend im Rahmen der vorliegenden Botschaft lösen. Vielmehr müssten wir dazu die Rahmenbedingungen ändern. Entweder erhöht der Kanton endlich die Ergänzungsleistungen oder aber wir müssen hier in der Stadt darüber diskutieren, ob wir den Betrieb des Alterszentrums in beschränktem Mass subventionieren sollen. Dazu müssten wir die Bestimmungen, wonach die Tarife kostendeckend sein müssen, aus der Gemeindeordnung und dem Reglement streichen. Eine Diskussion wäre es wert. Ich erinnere daran, dass die Gemeinde die Betreuungsleistungen am anderen Ende der Altersskala, bei den Kindern, subventioniert.

Aber zurück zur dringend nötigen Erhöhung der Ergänzungsleistungen: Unsere Fraktion appelliert an alle Kantonsrätinnen und Kantonsräte hier im Saal, bitte schliesst euch parteiübergreifend zusammen und lanciert einen Vorstoss, damit der Regierungsrat die Ergänzungsleistungen endlich auf ein kostendeckendes Niveau hebt. Wir müssen schnellstmöglich wieder die früher geltende Selbstverständlichkeit zurückerhalten, wonach ein Aufenthalt in einem Pflegeheim für alle mit Ergänzungsleistungen vollständig finanzierbar ist.

**Gemeinderat Stefan Vontobel (FDP), Referent im Namen der Fraktion FDP:** Die Fraktion FDP wird diesem Antrag einstimmig zustimmen, weil, die Sprecherin der GPK hat es bereits erwähnt, ebenso die Sprecherin der SVP sowie mein Vorredner, die Tarife für das AZP gemäss Art. 52 Abs. 4 Gemeindeordnung und Art. 20 Abs. 2 AZP-Reglement jährlich so festzusetzen sind, dass sie mindestens die Betriebskosten decken. Die Preise sollen sich im Rahmen anderer vergleichbarer Institutionen bewegen, kostendeckend sein sowie Rückstellungen für allfällige Betriebsdefizite und werterhaltende Investitionen ermöglichen. Damit ist das AZP angehalten, ein ausgeglichenes Budget zu präsentieren.

Der aktuelle Pensionspreis des Alters- und Pflegeheims Ergaten-Talbach deckt die gestiegenen Kosten bei den Löhnen, Lebensmitteln, den Versicherungen und dem Unterhalt offenbar nicht mehr. Dies führt zu einer Unterdeckung in der Kostenrechnung. Mit der beantragten Tarifanpassung soll diese ausgeglichen werden.

Den Erläuterungen von Stadträtin Regine Siegenthaler und AZP-Leiter Michael Tobler an unserer Fraktionssitzung im November haben wir entnommen, dass die Pensionspreise offenbar über mehrere Jahre hinweg nicht angepasst wurden, sodass wir heute nicht nur von einer Unterdeckung, sondern von einem strukturellen Defizit sprechen müssen. Hierzu sei angemerkt, dass wir diesen Austausch mit der Stadträtin und dem Zentrumsleiter sehr geschätzt haben, auch deren Offenheit.

Aber erlauben Sie mir vor diesem Hintergrund, unser Unbehagen und ein paar grundsätzliche Überlegungen unserer Fraktion zum Thema Alter und Gesundheit mit Ihnen mitzuteilen.

Uns und, wie sich am Sonntag gezeigt hat, den Frauenfelderinnen und Frauenfeldern liegt eine langfristig sichergestellte, zuverlässige Sozial- und Gesundheitsversorgung am Herzen. Kernaufgabe jeder Institution für Menschen mit Unterstützungsbedarf ist es, die Lebensqualität und Selbstständigkeit von Mitmenschen bestmöglich zu erhalten oder zu verbessern. Die demografische Entwicklung, andere Kostentreiber und ein tiefes Wachstum der Arbeitsproduktivität werden die Kosten in der Gesundheitsbranche in den kommenden Jahren weiter ansteigen lassen. Ob die finanziellen und personellen Ressourcen in den Institutionen mit diesem Trend mithalten und das Spannungsfeld zwischen Kernaufgabe und Wirtschaftlichkeit aufhalten, wird entscheidend davon abhängen, wie effektiv sie aufgestellt sind. Das AZP ist heute ein Betrieb der Stadt mit eigener Rechnungslegung und bildet ein unselbstständiges öffentlich-rechtliches Unternehmen in der Stadt Frauenfeld mit einem Umsatz von 23 Mio. Franken. Für die Tätigkeit des AZP gelten die Gemeindeordnung sowie die gestützt darauf erlassenen Reglemente. Damit ist das AZP stark in die Verwaltungsstruktur eingebunden und die strategische Führung politisch geprägt. Wir machen uns Sorgen, dass das AZP für ein zunehmend dynamischer werdendes Umfeld nicht gut aufgestellt ist. Wir wünschen uns eine Institution, die bedarfsorientiert und effektiv Leistungen erbringen kann, attraktiv für Mitarbeitende ist und somit einen hohen Nutzen für Menschen mit Unterstützungsbedarf erzeugen kann. Wir fürchten, dass die heute beantragte Tarifanpassung und die Begründung dafür kosmetischer Natur sind und zu kurz greifen. Die Rechnungen des AZP haben über die letzten 9 Jahre insgesamt mit einem Aufwandüberschuss abgeschlossen. Wir sprechen beim AZP also von einem strukturell defizitären Betrieb.

Der Botschaft Nr. 23 entnehmen wir, dass das AZP operativ mit 30 Massnahmen und Projekten beschäftigt ist, die die Finanzen entlasten sollen. Wir fragen uns, wie eine städtische Verwaltungseinheit dieses gewaltige unternehmerische Projektportfolio umsetzen kann. Wie gesagt: 30 Massnahmen.

Wir sind uns wohl einig, das hoffe ich zumindest, das Thema Alter und Gesundheit ist von sehr grosser gesellschaftlicher und volkswirtschaftlicher Relevanz. Was wir anlässlich der Vernehmlassung Strategie AZP 2030 formuliert haben, formulieren wir heute hier im Rat nochmals.

Was ist die übergeordnete Strategie der Stadt im Thema Alter und Gesundheit? Welche Rolle wird die Stadt in diesem Thema in welchen Bereichen übernehmen?

Wie passt der heutige städtische Betrieb AZP in diese Strategie? Welche Rolle kann die Stadt realistischerweise wahrnehmen? Die des Eigners? Die des Investors? Die des Betreibers?

Dass das Team des AZP im starren Korsett eines städtischen Betriebs in einem verregulierten Marktumfeld nach bestem Wissen und Gewissen agiert, anerkennen wir und sprechen dem Team auch unseren Dank aus. Und zu guter Letzt, wenn wir beim Kanton von Ergänzungsleistungen sprechen, die fliessen sollen, dann sind es wir, die das bezahlen und nicht irgendjemand.

**Gemeinderätin Kathrin Widmer Gubler (FDP), Referentin im eigenen Namen sowie als Präsidentin der GPK GGF:** Aus den Voten der verschiedenen Fraktionen entnehme ich, dass die Pflegefinanzierung nicht allen ganz klar ist oder offensichtlich hier nicht alle wissen, wie das wirklich funktioniert und wie viel Geld woher kommt. Ich möchte daher dich, Regine Siegenthaler als Stadträtin bitten, hier einmal Klarheit im Rat zu schaffen, allenfalls im Rahmen einer Information nach einer Gemeinderatssitzung. Ich denke, es ist ganz wichtig, dass wir hier alle auf einem Gleichstand sind, wie die Pflegefinanzierung effektiv funktioniert.

**Gemeinderätin Priska Brenner-Braun (GP), Referentin im eigenen Namen:** In meiner Tätigkeit als Berufsbeiständin gehört die Sicherstellung der Finanzierung von Aufenthalten in Institutionen wie zum Beispiel Alters- und Pflegezentren zu den Tagesgeschäften. Ich erlaube mir daher, Ihnen mögliche Auswirkungen der Tarife, die über den Ergänzungsleistungen liegen, an einem Beispiel aufzuzeigen. Es ist ein vereinfachtes Beispiel. Das Gebiet der Ergänzungsleistungen und auch das Gebiet der Sozialhilfe sind komplex, aber ich hoffe, dass es nachvollziehbar ist. Vorab möchte ich anmerken, dass ich es als selbstverständlich erachte, dass zumindest öffentliche Alters- und Pflegezentren mit Ergänzungsleistungen finanzierbar sind. Es kann aus meiner Sicht nicht sein, dass Menschen, die jahrelang Steuern bezahlt haben, gegen ihr Lebensende Sozialhilfe beziehen müssen, um die notwendige Pflege und Betreuung zu erhalten und zu finanzieren. Nun zu meinem Beispiel:

Nehmen wir an, einer unserer Angehörigen, unserer Freunde, eine Bekannte oder eine Nachbarin – ich nenne die Person zur Vereinfachung Herr Müller – muss in ein Alterszentrum eintreten. Sein Vermögen beträgt zu diesem Zeitpunkt gegen 10'000 Franken, somit kann der Anspruch auf Ergänzungsleistungen geprüft werden. Das Formular, welches Herr Müller, seine Angehörigen oder seine rechtliche Vertretung ausfüllen muss, umfasst 12 Seiten. Sie können sich dieses auf der Seite der SVA Thurgau anschauen. Sie können Stunden damit verbringen, es auszufüllen und die erforderlichen Unterlagen zu beschaffen. Wenn Sie das Formular und die Unterlagen einreichen, wird dieses geprüft. Nicht selten müssen Sie weitere Unterlagen beschaffen und nachreichen. Kontoauszüge von vor Jahren saldierten Konten, alte Scheidungsurteile, Belege über den Vermögensverzehr oder irgendeine Erbschaft vor Jahren usw. Die für Herrn Müller zuständige Sachbearbeiterin bei der SVA Thurgau ist mit den Unterlagen ebenfalls beschäftigt. Wenn diese geprüft sind, wird sie eine Verfügung erstellen. Wenn Herr Müller Anspruch auf Leistungen hat, werden diese monatlich überwiesen. Wenn seine finanzielle und persönliche Situation stabil bleibt, macht es Sinn, jährlich zu prüfen, ob eine Anpassung der Ergänzungsleistungen erfolgen muss oder nicht. Wir können feststellen, dass der Aufwand einer Anmeldung zum Bezug von Ergänzungsleistungen wirklich erheblich sein kann. Der Aufwand in den folgenden Jahren ist bei stabilen Verhältnissen für Herrn Müller, seine Angehörigen, seine rechtliche Vertretung und für die Mitarbeitenden der Sozialversicherungsanstalt dann überschaubar.

Nun nehmen wir an, steigen die Tarife des Alterszentrums über die Limite der Ergänzungsleistungen. Herr Müller muss seine Rückstellungen aufbrauchen, um die Differenz zu begleichen. Möglicherweise hat er Anspruch auf Leistungen aus dem Solidaritätsfonds, mit denen er seinen Aufenthalt im Alterszentrum weiterhin finanzieren kann. Nehmen wir nun an, dass Herr Müller aus einer benachbarten Gemeinde stammt und keinen Anspruch auf dem Solidaritätsfonds hat. Er wird möglicherweise irgendwann entweder seine Rechnungen nicht weiter bezahlen können oder er meldet sich ergänzend zum Bezug von Leistungen der Sozialhilfe an. Dieses Formular umfasst in Frauenfeld 14 Seiten. Sie können es sich auf der Homepage der Stadt ansehen. Wiederum müssen zahlreiche Unterlagen eingereicht werden. Diese werden von Sachbearbeitenden und Sozialarbeitenden geprüft. Ein persönliches Gespräch muss in der Regel zwingend stattfinden. Die sorgfältige Prüfung der Unterlagen und das Erstellen der Verfügung oder eines Beschlusses beanspruchen Zeit. Herr Müller, seine Angehörigen oder seine rechtliche Vertretung müssen, wenn nun auch ein Anspruch auf Sozialhilfe besteht, künftig monatlich die Heimrechnung und den aktuellen Kontoauszug an das zuständige Sozialamt einreichen. Dort muss monatlich berechnet werden, wie viel Anspruch auf Sozialhilfe besteht.

Wir stellen unschwer fest, dass die Tarife über der Limite der Ergänzungsleistungen zu einem unsinnigen Verwaltungsaufwand führen, für den eigentlich niemand Zeit hat. Die Tarife über der Limite der Ergänzungsleistungen beschäftigen nicht nur wie üblich die Mitarbeitenden der Ergänzungsleistungen, sondern allenfalls auch die Personen, die den Anspruch auf den Solidaritätsfonds prüfen und allenfalls zusätzlich auch die Mitarbeitenden der Sozialhilfe. Statt einer sind nun gleich drei Stellen mit dem gleichen Dossier beschäftigt. Folglich müssen Sie je nach Anzahl der Dossiers dort Stellenprozente erhöhen oder neue Stellen schaffen. Zudem steigt die Gefahr, dass Leistungen aufgrund der steigenden Komplexität nicht vollumfänglich geltend gemacht werden und nach dem Tod Rechnungen offenbleiben, auf denen das Alterszentrum sitzenbleibt.

Wenn wir eine schlanke Verwaltung wollen, haben obengenannte Doppelspurigkeiten keinen Platz. Es ist zu hoffen, dass der Kanton sich bei der Höhe der Ergänzungsleistungen möglichst schnell bewegt. Ich denke, dass wir gut daran tun, die Entwicklungen aufmerksam zu verfolgen und uns für Verbesserungen einzusetzen.

**Gemeinderat Roland Wyss (EVP), Referent im eigenen Namen:** Ich nehme gerne Stellung als viel kritischerer Grossrat. Vorneweg unterstütze ich den Antrag oder den Einwand von Kathrin Widmer Gubler, dass wir hier über dieses Thema einmal informiert werden. Aber ich sage es Ihnen vorneweg, es ist noch viel komplizierter.

Letztes Jahr stellte ich im Grossen Rat einen Antrag auf Erhöhung der Normkostenbeiträge um 1.5 %. Dieser wurde angenommen. Nur, die Regierung muss dies nicht umsetzen. Die Tarife waren bestimmt, abgesprochen mit dem Dachverband und wurden somit nicht angepasst.

Warum sind diese Tarife dieses Jahr gesunken? Einerseits hat es eine Umstellung gegeben auf RAI, demzufolge ist die Beurteilung ein bisschen anders. Das wird sich aus meiner Sicht aber wieder korrigieren. Andererseits ist dies halt auch auf Thurgauer Durchschnittswerte zurückzuführen. Demzufolge sind sie gemäss Regierungsrat berechtigt, sofern sie denn auch die Unterdeckung ausgleichen würde, die die Jahre zuvor entstanden ist.

Wie werden diese Tarife berechnet? Wie gesagt, es sind Durchschnittspreise. Und ich muss hier niemandem erklären, dass die Löhne in Frauenfeld sich eher an Zürich orientieren und die in Kreuzlingen eher an Konstanz und daher etwas unterschiedlich sein könnten und dies halt auch wieder Einfluss auf die enormen Kosten hat.

Dann die EL-Beiträge: Wir können noch lange sagen, diese sollten angehoben werden. Wir sind sehr tief, in der Umgebung mit Abstand am tiefsten. Und da schaue ich nicht nach Zürich, wo sie sehr hoch sind, sondern nach St. Gallen, Schaffhausen und Appenzell. Aber auch hier sieht man, dass das System falsch ist. Solange wir die Preise nicht anheben, werden auch gemäss Berechnungsmodell die Preise der EL-Ausschüttung nicht ansteigen. Das ist einfach so, und da genau liegt das grosse Problem. Gemeinsam mit den Heimen, mit den Kantonsvertreterinnen und Kantonsvertretern, aber auch mit Einfluss auf die kantonale Regierung muss das System angepasst und nicht einfach gesagt werden, der Kanton macht wieder nichts. Das System ist falsch und muss korrigiert werden. Ich weiss nicht, wie aktiv die anderen Grossräte sind, ich bin dran.

**Stadträtin Regine Siegenthaler (Die Mitte):** Das Thema Langzeitpflege steht weiterhin im Zeichen von Licht und Schatten. Ein besonderer Lichtstrahl ist für mich die Volksabstimmung vom vergangenen Wochenende, wo das Stimmvolk bei der Verwendung der Neubewertungsreserven die Notwendigkeit einer verlässlichen stationären Altersversorgung auf Platz 1 gesetzt hat. Es ist gut, dass die Bevölkerung spürt, wie wichtig dieser Bereich bleibt. Und es ist gut, wenn uns die Bevölkerung den Auftrag gibt, hier dranzubleiben.

Wenn ich heute Abend schon wieder vor Ihnen stehe und eine Erhöhung der Pensionstaxen im AZP beantrage, ist das keine Reaktion auf unvorhergesehene Ereignisse. Es ist nebst einer nötigen Anpassung auf weitere Preissteigerungen das Eingeständnis, dass wir im AZP ein strukturelles finanzielles Problem haben, nämlich das Problem der anhaltenden und zunehmenden Unterfinanzierung der Pflegeheimleistungen. Sehen Sie, wenn ein Pflegeheim mit einer Belegung von mehr als 97 % mit den Einnahmen seinen Aufwand nicht mehr decken kann, ist etwas faul im Staate Dänemark, wie es Shakespeare sagen würde. Es gehört darum zur Transparenz und zur Ehrlichkeit, dass ich Ihnen meine Sicht der Dinge zum übergeordneten Problem darlege.

Wir sprechen hier über einen wichtigen Teil, nämlich über den letzten Teil des Patientenpfads. Sie lesen es jeden Tag in der Zeitung, das ganze Gesundheitssystem ist extrem unter Druck geraten. Und das trifft auch die ambulante und die stationäre Pflege von älteren Menschen.

Das Gesundheitssystem steht unter Druck sowohl von aussen wie von innen. Von aussen durch den Bund und den Kanton, denn beide sparen. Von aussen aber auch durch die älter werdende Gesellschaft. Wir erleben gerade das Zeitalter, wo die ehemaligen Babyboomer pensioniert werden. Und von aussen insbesondere, weil wir, wie andere Branchen auch, unter dem Mangel an Fachkräften leiden. Das sind Tatsachen, aber sie helfen nicht weiter. Wir müssen Verantwortung übernehmen und alles, was wir selber unternehmen können, tun. Eine Auslegeordnung zeigt, dass die Herausforderungen unseres AZP vielschichtig sind. Auch von innen.

Wir haben es mit einem gewachsenen Betrieb zu tun, der effizienter gestaltet und besser geführt werden muss. Gleichzeitig müssen wir sparen. Und es kommt hinzu, dass wir unser Pflegeheim durchgehend baulich sanieren müssen. Wahrscheinlich müssen wir es sogar neu denken, genauso wie das Gemeinderat Samuel Kienast heute schon gesagt hat. Wir werden die grundlegenden Probleme offenlegen. Wir suchen nach Lösungen, die unser AZP verlässlich in die Zukunft führen können. Sie können sich vorstellen, was es braucht, sind keine Pinselrenovationen. Gewisse Vorschläge sind durchgreifend und machen grundsätzliche Richtungsentscheidungen durch den Stadtrat nötig. Ich will diesen Richtungsentscheidungen nicht vorgreifen, aber Sie dürfen davon ausgehen, dass sie in vielerlei Hinsicht eine konsequente Neuausrichtung bedeuten. Ich freue mich, wenn Sie uns darin unterstützen, und werde Sie über den Fortgang der Vorhaben selbstverständlich auf dem Laufenden halten.

Damit sind wir beim aktuellen Geschäft. Ich danke Ihnen für die Ausführungen zur Tarifbotschaft. Sie verdeutlichen Ihre Verantwortung für die älteren Menschen in Frauenfeld. Auch ich danke dem Personal des AZP für die sehr engagierte Arbeit. Ich gehe hier nicht mehr auf die vielen Projekte im AZP ein. Nur so viel: Es ist uns ernst damit, weiterzukommen. Ich gehe auch nicht im Detail auf die Pflegefinanzierung ein, wie das heute gewünscht wurde. Das mache ich gern in einem anderen Rahmen, erwähne hier aber auch, dass ich in verschiedenen Fraktionen dabei sein durfte, als ihr die Botschaft beraten habt, und habe dort auch die grundlegende Aufteilung der Pflegefinanzierung erläutert. An dieser Finanzierung kann selbstverständlich der Stadtrat nichts ändern.

An Priska Brenner-Braun gerichtet möchte ich erwähnen – nicht im Sinn einer Entgegnung, sondern im Sinn einer Information –, es gibt sehr gute Stellen, die beim Ausfüllen von Formularen unterstützen, zum Beispiel bei der Pro Senectute oder auch bei unserer Abteilung Krankenkasse und AHV.

Die finanzielle Situation des AZP ist schwierig geworden. Für dieses Jahr müssen wir einen noch grösseren Verlust als im Vorjahr ankündigen. Auslastung und Erträge sind zwar nicht das grundlegende Problem, jedoch gab es im laufenden Jahr auch hier Schwierigkeiten wie zu niedrige Pflegestufen, viele unbezahlte Tage wegen Spitalaufenthalten und einen Restaurantumsatz, der die Budgeterwartungen nicht erfüllte.

Zudem hat der Kanton die Normkostenansätze um 4.3 % auf das Jahr 2025 gekürzt, was Sorgen und Unverständnis auslöst.

Die gestiegenen Kosten können ohne weitere Einnahmen nicht gedeckt werden. Hauptursache ist der hohe Personalaufwand. Dieser entsteht durch die hohe Auslastung, den wachsenden Pflegeaufwand, den Fachkräftemangel, zunehmende Absenztage samt langen Lohnfortzahlungen und durch den Einsatz von Temporärkräften, um die Pflege sicherzustellen. Zudem belasten steigende Kosten für Unterhalt, Lebensmittel, Versicherungsprämien und IT das Budget. Wir sind uns einig, dass das AZP ein ausgeglichenes Budget mit gedeckten Betriebskosten benötigt. Daher ist neben der Teuerung in allen Bereichen und der Tarifierhöhungen im Tageszentrum, die der Stadtrat beschlossen hat, die Erhöhung des Pensionstarifs im Ergaten-Talbach um 6 Franken pro Tag erforderlich. Die daraus resultierenden höheren Einnahmen dienen nicht zur Querfinanzierung der Pflege.

Die Kostenrechnung zeigt deutlich, dass Pensionsleistungen wie Beherbergung, Verpflegung, Infrastruktur, Reinigung, Wäsche usw. heute im AZP nicht ausreichend finanziert werden.

Mit der Tarifierhöhung liegen alle Einzelzimmer über der sogenannten EL-Limite. Das haben wir heute mehrfach gehört. Das heisst, wer Ergänzungsleistungen bezieht, müsste von einem Einer- in ein Zweierzimmer verlegt werden. Um dies abzuwenden, springt für Frauenfelder im AZP der Solidaritätsfonds ein. Im Vergleich zu anderen Kantonen ist die EL im Thurgau deutlich zu tief. Und wie ich in der Fragestunde gesagt habe und wie es heute auch Gemeinderat Roland Wyss erwähnt hat, bewegt sich diese Limite nur, wenn die Heime die Preise nicht künstlich darunter halten, wie es eben lange der Fall war. Ich bin froh, dass der Druck in diesem Thema auch via Grossratsmitglieder erhöht wird.

Ich bedaure diese erneute Tarifierhöhung. Es ist zwar ein schwacher Trost, aber dieses Problem betrifft nicht nur das Alterszentrum Park. Viele andere Heime berichten von finanziellen Schwierigkeiten und Tarifanpassungen. Vor diesem Hintergrund kann ich nichts versprechen. Und ich kann den Appell einiger Fraktionen nur unterstützen, den Kanton in die Pflicht zu nehmen, damit den Pflegeheimen eine akzeptable Finanzierung gewährt wird. Ein Beispiel zur Verdeutlichung, das heute Abend nicht erwähnt wurde, ist die happige Ausbildungspönale, die der Kanton einführen will. Wenn eine Pflegeinstitution zu wenig HF-Fachpersonal (Personal mit höherer Fachschule) ausbildet, würde das das AZP voraussichtlich ab 2026 250'000 Franken jährlich kosten. Das hiesse rechnerisch eine weitere Erhöhung um 5 Franken pro Bewohnerstag.

Zusammenfassend und vor diesem ganzen Hintergrund bitte ich Sie, liebe Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, dem Antrag des Stadtrats zuzustimmen. Vielen Dank.

### **Abstimmung**

Der Antrag des Stadtrats wird einstimmig angenommen.

**Gemeinderatspräsident Hanspeter Gubler (SVP):** Wir haben die heutige Tagesordnung fast abgeschlossen. Ich habe es am Anfang der Sitzung erwähnt, wir sind noch nicht ganz am Schluss.

Geschätzter Roman Fischer, deine Amtszeit im Gemeinderat begann am 3. Oktober 2017. Ein halbes Jahr später warst du bereits ein Mitglied der Geschäftsprüfungskommission Gesellschaft, Gesundheit und Freizeitanlagen. Zum Schluss im letzten Amtsjahr konntest du dein Wissen in der GPK Finanzen und Administration eindringen. Nun suchst du eine neue Herausforderung. Ich wünsche dir in der neu erhaltenen Freizeit viel Spass und ein wenig Erholung. Selbstverständlich lassen wir dich heute nicht mit leeren Händen gehen. Es gibt auch für dich ein kleines Geschenk für den Nachhauseweg. Leider muss ich auch hier sagen, ich werde dir den Rest der Gabe später überreichen müssen, sie ist noch in Produktion. Besten Dank für deine Arbeit im Rat.

**Gemeinderat Roman Fischer (GP), Referent im eigenen Namen:** Ich danke euch für die stets respektvolle Zusammenarbeit, auch wenn wir nicht immer gleicher Meinung waren und ich zum Teil auch ein bisschen pointiert aufgetreten bin. Und ich danke euch, dass ihr euch weiterhin für das Wohl von Frauenfeld engagiert. Daran zweifle ich keine Minute, auch wenn

wir zum Teil andere Ansichten haben. Das Wohl von Frauenfeld hat jeder in seinem Kopf. Danke.

**Gemeinderatspräsident Hanspeter Gubler (SVP):** Es sind noch zwei Einfache Anfragen eingegangen.

- Eine von Gemeinderat Pascal Frey mit dem Titel «Tieflöhne bei der Stadt Frauenfeld».
- Eine weitere Einfache Anfrage kommt von Gemeinderätin Christa Zahnd mit dem Titel «Bauvorhaben und Baubewilligungen in Frauenfeld».

Die nächste Sitzung findet am Mittwoch, 11. Dezember 2024, um 16 Uhr statt.

Ich danke dem Ratssekretär und dem Team der Stadtkanzlei für die Unterstützung bei der Vorbereitung der Sitzung und der Stadtgärtnerei für den Blumenschmuck. Ich erkläre die heutige Gemeinderatssitzung für geschlossen.

Frauenfeld, 27. November 2024

**STADT FRAUENFELD**  
**Gemeinderat Frauenfeld**

Der Gemeinderatspräsident

Der Gemeinderatssekretär

Hanspeter Gubler

Mathias Frei

**STADT FRAUENFELD**  
**Gemeinderat Frauenfeld**

Der Gemeinderatspräsident: Hanspeter Gubler

Der Gemeinderatssekretär: Mathias Frei